

Spielball der Machtinteressen

Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch leben noch immer unter katastrophalen Bedingungen

Sarah Pauls

»Es ist kaum vorstellbar, dass Menschen unter noch kläglicheren Bedingungen als in Teknaf leben können«, so die Aussage der Vertreterin des *UN-Flüchtlingshilfswerkes* (UNHCR) in Bangladesch.

Als die Rohingya, eine muslimische Minderheit in Burma, in den Jahren 1991 und 1992 in Folge einer Massenflucht nach Bangladesch kamen, waren die Flüchtlingslager der Regierung als kurzfristige Lösung gedacht. An der Situation der Flüchtlinge hat sich jedoch bis heute nichts geändert.

Die Rohingya flohen vor den damals brutalen Repressionen gegenüber Muslimen im Norden des Arakan Gebirges in ihrer Heimat Burma. Die Hauptgründe für die Flucht waren die Diskriminierungen und Misshandlungen seitens der Militärregierung. Die Rohingya mussten, damals wie heute, Zwangsarbeit leisten und ihr Land wurde konfisziert. Darüber hinaus sind sie hohen Beschränkungen bei Geschäftsründungen und Hochzeiten sowie willkürlichen Steuern ausgesetzt. Durch die gezielte Ansiedlung von Buddhisten an der Grenze, wird versucht, den Rohingya, die aufgrund eines Einwohnergsetzes von 1982 staatenlos sind, die Heimat zu nehmen.

Inakzeptable Lebensbedingungen

Da die Rohingya nur vorübergehend in Bangladesch bleiben sollten, gibt es seit 1992 so genannte Rückführungsprogramme unter der Koordination des *UNHCR* mit dessen Hilfe bereits etwa 230.000 Flüchtlinge wieder nach Burma zurückgeführt wurden. An der Situation in Burma hat sich für sie jedoch nichts geändert. Weiterhin leben heute immer noch circa 20.000 Rohingya in den improvisierten Lagern an der Grenze Bangladeschs. Im Laufe der Jahre, nach der Massenflucht, wurde zunehmend Kritik zu den Rückführungsprogrammen des *UNHCR* laut. Man bezweifelte, dass die Flüchtlinge freiwillig wieder in ihre Heimat zurückgekehrt waren.

Auch um die verbliebenen Flüchtlinge in den Lagern der Stadt Cox's Bazar im Süden Bangladeschs besteht große Sorge. *Ärzte ohne Grenzen* appellierte daher an die Regierung und das *UNHCR*, die inakzeptablen Lebensbedingungen in den Lagern zu verbessern. Die Rohingya leben in überfüllten Unterkünften ohne ausreichende Wasserversorgung und ohne hinreichende Sicherheit. Sie sind den Misshandlungen durch die Lagerbehörden hilflos ausgeliefert und es ist ihnen nicht gestattet außerhalb der Camps Arbeit oder Nahrung zu suchen. Dabei hat die mangelnde Nahrung innerhalb der Lager eine chronische Unterernährung bei 58 Prozent der Kinder zur Folge.

Obwohl das *UNHCR* behauptet, die Lage sei stabil, werden weiterhin Flüchtlinge gegen ihren Willen zurückgeführt. Dies geschieht mittlerweile allein durch die Regierung Bangladeschs, die zuvor mit dem *UNHCR* zusammengearbeitet hatte. Das *UNHCR* legte seine Arbeit in diesem Bereich aufgrund der zahlreichen Vorwürfe nieder. Die zwanghafte Rückführung durch die Regierung läuft meist in drei Phasen ab. Zunächst werden die Flüchtlinge innerhalb des Camps inhaftiert, danach werden sie in ein Übergangscamp gebracht und schließlich nach Burma zurückgeführt. Flüchtlinge, die sich gegen diese Prozedur wehren, werden unter Arrest gestellt und erhalten weniger Nahrung.

Einen Ausweg aus ihrer Zwangslage suchen die Rohingya Flüchtlinge in der Flucht in andere Länder, wie Thailand oder Malaysia. Aber auch die Nachbarstaaten sind nicht wirklich gewillt sie aufzunehmen. »Natürlich sind wir besorgt. Wir wissen nicht, wo wir hingehen sollen.«, so eine Aussage Noor Ayshas, einer 25 jährigen Mutter von drei Kindern.

Ulrich Delius, Asienreferent der *Gesellschaft für bedrohte Völker* (GfbV), äußert sich ebenfalls besorgt zu diesem Thema. »Die Rohingya zählen weltweit zu den am wenigsten bekannten Flüchtlingsgruppen, obwohl Hunderttausende aus Burma fliehen mussten.« Tatsache ist, dass die breite Öffentlichkeit viel zu wenig über die aktuelle Situation der Rohingya informiert wird. Niemand fühlt sich für die Flüchtlinge verantwortlich, die zum Spielball regionaler Machtinteressen geworden sind.

Die Autorin studiert Ethnologie, Religionswissenschaft und Zivilrecht an der Universität Münster.